

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 11

Ausgegeben in München am 19. Juni 2006

Jahrgang 2006

I n h a l t

Seite

I. Rechtsvorschriften

Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Organisation der Technischen Universität München ... 114

Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung ZVS 119

Vierte Verordnung zur Änderung der Qualifikationsverordnung 121

Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Organisation der Technischen Universität München 124

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Eignungsprüfung für das Studium eines Sportstudiengangs an den Universitäten in Bayern 125

Beurlaubung von Lehrkräften für den Auslandsschuldienst (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 14. Februar 1996 i.d.F. vom 7. Dezember 2005) 128

Kirchen, Religions- und weltanschauliche Gemeinschaften mit der Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts 129

Zulassung von Lernmitteln 129

III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

—

I. Rechtsvorschriften

2210-2-11-WFK

Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Organisation der Technischen Universität München

Vom 8. Dezember 2004 (GVBl S. 566)

Auf Grund von Art. 45 Abs. 4 Satz 1 und Art. 135 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Regelung der Organisation der Technischen Universität München vom 18. November 1998 (GVBl S. 941, BayRS 2210-2-11-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 2001 (GVBl S. 1042), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

In den Dritten Teil werden folgende §§ 17a und 17b eingefügt:

„§ 17a Fakultätsvorstand

§ 17b Erweiterte Fakultätsleitung“

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Diese Verordnung gilt bis zum 30. September 2007.“

b) Abs. 2 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2.

3. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 2 wird das Wort „Eine“ gestrichen; es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Würde bei der Wiederwahl des Vorsitzenden des Leitungsgremiums für eine Amtszeit von sechs Jahren die nach Satz 2 zulässige Amtszeit überschritten werden, verkürzt sich dessen Amtszeit entsprechend.“

b) In Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „der Mitglieder des Hochschulrats und eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Senats“ gestrichen.

4. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 Satz 3 wird aufgehoben; der bisherige Satz 4 wird Satz 3.

b) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) ¹Die weiteren gewählten Mitglieder des Leitungsgremiums können aus wichtigem Grund vom Verwaltungsrat abgewählt werden. ²Für eine Abwahl ist eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich.“

c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.

5. § 8 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 1 wird aufgehoben.

b) Die bisherigen Nrn. 2 bis 4 werden Nrn. 1 bis 3.

c) Nach dem Wort „unterrichten“ werden die Worte „die Frauenbeauftragte oder“ gestrichen.

d) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Bei Angelegenheiten, die die Wahrnehmung der Aufgaben nach Art. 34 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG betreffen, ist der Frauenbeauftragte Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

6. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird der Punkt am Ende der Nr. 3 durch ein Komma ersetzt und folgende Nr. 4 angefügt:

„4. der Sprecher der Studiendekane.“

b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 2 werden nach dem Wort „Fachbereiche“ die Worte „und soweit sich dieser auf das Klinikum auswirkt im Benehmen mit dem Klinikumsvorstand“ eingefügt.

bb) Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. nimmt zu Beschlüssen des Fachbereichsrats zu Vorschlägen für die Berufung von Professoren, die Bestellung von Honorarprofessoren und zur Einrichtung und Aufhebung von Studiengängen Stellung,“

cc) Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. beschließt Forschungsschwerpunkte und Anträge auf Einrichtung von Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegeeinrichtungen,“

dd) In Nr. 6 werden nach dem Wort „Entwicklungspläne“ die Worte „über Grundsatzfragen und Schwerpunkte des Haushalts“ durch die Worte „auf Vorschlag des Leitungsgremiums über Schwerpunkte des Haushalts sowie Grundsatzfragen des jährlichen Haushalts“ ersetzt und nach dem Wort „Mitteln“ der Klammerzusatz „(Verteilungs- und Einzugsmodelle)“ eingefügt.

ee) Der Punkt am Ende der Nr. 8 wird durch ein Komma ersetzt und folgende Nr. 9 angefügt:

„9. beschließt Vorschläge zur Gliederung der Hochschule.“

c) Es wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Bei Stimmengleichheit in der Erweiterten Hochschulleitung entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. ²Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Erweiterten Hochschulleitung und dem Leitungsgremium bezüglich der Entscheidungskompetenzen entscheidet hierüber der Verwaltungsrat.“

7. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 6 erhält folgende Fassung:

„6. ein vom Fachschaftenrat entsandtes Mitglied der Gruppe der Studenten ohne Stimmrecht.“

bb) Nr. 7 wird aufgehoben.

b) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) Die Mitglieder des Leitungsgremiums und der Ärztliche Direktor des Klinikums wirken in den Sitzungen beratend mit.“

c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4 und wird wie folgt geändert:

aa) Nrn. 2 und 4 werden aufgehoben; die bisherigen Nrn. 3, 5 bis 8 werden Nrn. 2 bis 6.

bb) In Nr. 4 (neu) werden nach den Worten „und den Stellungnahmen“ die Worte „des Leitungsgremiums und“ eingefügt.

8. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 3 werden nach den Worten „Mitglieder der Hochschule“ die Worte „mit Ausnahme der Honorarprofessoren gemäß Art. 17 Abs. 1 Nr. 8 BayHSchG als Persönlichkeiten aus dem Bereich der Wirtschaft und der beruflichen Praxis“ eingefügt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Kommata und die Worte „mit Ausnahme der erstmaligen Bestellung des Hochschulrats“ gestrichen.

bb) Satz 3 wird aufgehoben.

c) Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Dem Hochschulrat ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

d) Abs. 7 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 1 wird aufgehoben; die bisherigen Nrn. 2 bis 4 werden Nrn. 1 bis 3.

bb) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1; es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Bei Angelegenheiten, die die Wahrnehmung der Aufgaben nach Art. 34 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG betreffen, ist der Frauenbeauftragten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

9. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Nr. 4 wird aufgehoben; das Komma am Ende der Nr. 3 wird durch einen Punkt ersetzt.

b) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) Die Mitglieder des Leitungsgremiums wirken in den Sitzungen beratend mit.“

c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4 und erhält folgende Fassung:

„(4) Der Verwaltungsrat

1. beschließt unter Beteiligung des Leitungsgremiums und der Erweiterten Hochschulleitung mit der Mehrheit seiner Mitglieder die Grundordnung und deren Änderung als Satzung, sowie Anträge zur Änderung dieser Verordnung,

2. wählt den Vorsitzenden des Leitungsgremiums und entscheidet über dessen Abwahl,

3. wählt die weiteren Mitglieder des Leitungsgremiums mit Ausnahme des Kanzlers und entscheidet über deren Abwahl,

4. beschließt Vorschläge für die Bestellung eines vorläufigen Leitungsgremiums,

5. beschließt nach Benennung der Kandidaten durch das Leitungsgremium Vorschläge für die Ernennung des Kanzlers,

6. bestellt auf Vorschlag der Erweiterten Hochschulleitung die Mitglieder des Kuratoriums,

7. gibt Initiativen und Empfehlungen zur Entwicklungsplanung,

8. beschließt auf Vorschlag der Erweiterten Hochschulleitung über den Entwicklungsplan der Hochschule,

9. beschließt auf Antrag der Erweiterten Hochschulleitung über Vorschläge zur

- Gliederung der Hochschule, einschließlich der Gliederung in Fachbereiche sowie in zentrale und sonstige Einrichtungen,
10. beschließt auf Antrag der Erweiterten Hochschulleitung Vorschläge über die Einrichtung und Aufhebung von Studiengängen,
 11. beschließt über die Vorschläge des Leitungsgremiums zur Verleihung der Würde eines Ehrensenators, Ehrenbürgers oder Ehrenmitglieds der Hochschule,
 12. kann das Erscheinen der Mitglieder des Leitungsgremiums zu den Sitzungen verlangen,
 13. nimmt den Rechenschaftsbericht des Leitungsgremiums entgegen und kann über ihn beraten,
 14. beschließt Stellungnahmen zu den Vorschlägen des Staatshaushaltes,
 15. beschließt über Vorschläge des Leitungsgremiums zu Zielvereinbarungen mit dem Staatsministerium.“
- d) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 5.
10. In § 13 wird der Punkt am Ende der Nr. 4 durch ein Komma ersetzt und es werden folgende Nrn. 5 und 6 angefügt:
 - „5. der Fakultätsvorstand an der Fakultät für Medizin,
 6. die Erweiterte Fakultätsleitung, sofern ein Fachbereich nach §§ 16a, 17 organisiert ist.“
11. § 14 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„³In geeigneten Fällen kann die Vorschlagsliste aus einem einzigen Vorschlag bestehen, wenn dieser Vorschlag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln zustande kommt.“
 - bb) Die bisherigen Sätze 3 bis 6 werden Sätze 4 bis 7.
 - cc) In Satz 4 (neu) werden nach den Worten „wer die meisten Stimmen erhält“ die Worte „im Fall des Satzes 3, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält“ eingefügt.
 - b) Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Der Stellvertreter des Fachbereichssprechers wird durch den Fachbereichssprecher im Einvernehmen mit dem Leitungsgremium aus dem Kreis der Professoren des Fachbereichs vorgeschlagen und durch den Fachbereichsrat gewählt; Abs. 3 Satz 6 gilt entsprechend.“
12. § 15 Abs. 6 erhält folgende Fassung:
- „(6) Der Fachbereichssprecher entscheidet über die Verteilung und Verwendung sämtlicher Ressourcen des Fachbereichs soweit sie nicht unwiderruflich einer wissenschaftlichen Einrichtung, Betriebseinheit oder Professur des Fachbereichs zugewiesen sind.“
13. § 16 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1; die Worte „mit beratender Stimme“ werden gestrichen.
 - bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Sofern ein Fachbereich nach § 16a organisiert ist oder die Grundordnung weitere Studiendekane vorsieht, gehört dem Fachbereichsrat, sowie Kommissionen und Ausschüssen des Fachbereichs, die sich mit Lehre und Studium betreffenden Angelegenheiten befassen, ein von den Studiendekanen des Fachbereichs zu bestimmender Vertreter der Studiendekane an.“
 - b) Es wird folgender Abs. 8 angefügt:

„(8) Die Studiendekane arbeiten vertrauensvoll zusammen; sie bestellen im Einvernehmen mit dem Leitungsgremium einen Sprecher, der ihre Interessen in der Erweiterten Hochschulleitung wahrnimmt.“
14. § 16a wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 4 wird der Punkt am Ende der Nr. 4 durch ein Komma ersetzt und folgende Nr. 5 angefügt:

„5. die Frauenbeauftragte der Fakultät mit beratender Stimme.“
 - b) Abs. 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Angehörigen des Studienfakultätsrats werden von den wahlberechtigten Mitgliedern der Studienfakultät gewählt.“
 - bb) Satz 2 wird aufgehoben.
 - cc) Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.
15. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 erhält folgende Fassung:

„8. der Studiendekan bzw. sofern ein Fachbereich nach § 16a organisiert ist oder die Grundordnung weitere Studiendekane vorsieht, ein von den Studiendekanen des Fachbereichs zu bestimmender Vertreter der Studiendekane.“
 - b) In Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 werden nach dem Wort „Vorschläge“ die Worte „an das Leitungsgremium“ eingefügt.

16. Es werden folgende §§ 17a und 17b eingefügt:

„§ 17a

Fakultätsvorstand

(1) An der Fakultät für Medizin wird ein Fakultätsvorstand gebildet.

(2) ¹Dem Fakultätsvorstand gehören an

1. der Fachbereichssprecher,
2. der Stellvertreter des Fachbereichssprechers,
3. der Studiendekan,
4. der Beauftragte für Forschungsförderung, der vom Fachbereichsrat aus dem Kreis der hauptamtlichen Professoren gewählt wird,
5. der Ärztliche Direktor,
6. der Verwaltungsdirektor des Klinikums mit beratender Stimme.

²Der Fachbereichssprecher ist Vorsitzender des Fakultätsvorstands. ³Er wird durch den Stellvertreter des Fachbereichssprechers vertreten.

(3) Der Fakultätsvorstand

1. ist für alle Angelegenheiten des Fachbereichs zuständig, für die nicht nach dieser Verordnung oder auf Grund anderer Rechtsvorschriften eine anderweitige Zuständigkeit begründet ist;
2. entscheidet über die Verteilung der Fakultätsmittel für die Institute der Technischen Universität München, soweit sie nicht einer wissenschaftlichen Einrichtung, Betriebseinheit oder Professur des Fachbereichs zugewiesen sind;
3. stellt Grundsätze für die Verteilung und Verwendung der Mittel für Forschung und Lehre auf (§ 13 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über das Klinikum rechts der Isar der Technischen Universität München als Anstalt des öffentlichen Rechts);
4. trifft Vereinbarungen für die Zusammenarbeit mit dem Klinikum rechts der Isar;
5. erstellt einen Entwicklungsplan für die Fakultät unter Einbeziehung der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten sowie der Professoren des Fachbereichs.

(4) Der Fakultätsvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 17b

Erweiterte Fakultätsleitung

(1) In Fakultäten, in denen die Grundordnung die Einrichtung von Studienfakultäten vorsieht, kann eine Erweiterte Fakultätsleitung gebildet werden.

(2) Der Erweiterten Fakultätsleitung gehören an:

1. der Fachbereichssprecher,
2. der bzw. die Stellvertreter des Fachbereichssprechers,
3. der bzw. die Studiendekane,
4. die Leiter der wissenschaftlichen Einrichtungen.

(3) Die Erweiterte Fakultätsleitung kann zu allen Angelegenheiten, die die wissenschaftlichen Einrichtungen und Studienfakultäten betreffen, vor Behandlung im Fachbereichsrat Stellung nehmen.“

17. § 20 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird der Punkt am Ende der Nr. 6 durch ein Komma ersetzt und folgende Nr. 7 angefügt:

„7. die Verwaltung der Finanzen der Studentischen Vertretung.“

b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „soll“ durch das Wort „wird“ sowie das Wort „Hochschulrat“ durch das Wort „Verwaltungsrat“ ersetzt; das Wort „werden“ wird gestrichen.“

bb) In Satz 2 werden die Worte „Fachbereichsrat und Senat“ durch die Worte „dem Verwaltungsrat“ ersetzt.

18. § 23 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird die Zahl „1000“ durch die Zahl „500“ sowie das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird die Zahl „1000“ durch die Zahl „500“ sowie die Zahl „500“ durch die Zahl „250“ ersetzt.

c) Sätze 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

„³Mitglieder der Fachschaftsvertretung sind diejenigen Studenten in der erforderlichen Anzahl, auf die bei der Wahl der Studentenvertreter in den Fachbereichsrat weitere Sitze entfallen würden. ⁴Die Fachschaftsvertretung wählt aus ihrer Mitte einen Fachschaftssprecher.“

19. § 24 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 3 Satz 1 wird das Wort „soll“ durch das Wort „wird“ ersetzt; das Wort „werden“ wird gestrichen.

b) Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Die Fachschaftsvertretung entsendet zu jeder Sitzung des Fachschaftenrates einen Vertreter aus ihrer Mitte. ²Das Nähere regelt die Grundordnung.“

20. Dem § 25 Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Der Fachschaftenrat entscheidet über die Verwendung der Mittel.“

21. § 28 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2004 in Kraft.

München, den 8. Dezember 2004

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

KWMBI I 2006 S. 114

2210-8-2-1-1-WFK

**Verordnung
zur Änderung der
Vergabeverordnung ZVS
Vom 26. April 2006 (GVBl S. 224)**

Auf Grund von Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen vom 19. Februar 1988 (GVBl S. 18, BayRS 2210-8-2-WFK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Februar 2005 (GVBl S. 26), in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 Nrn. 1 bis 9, 14 und 16 des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen vom 24. Juni 1999 (GVBl 2000 S. 11, BayRS 2210-8-1-1-WFK), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen (Vergabeverordnung ZVS) vom 8. April 2005 (GVBl S. 114, BayRS 2210-8-2-1-1-WFK) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Dem Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Die Fristen nach den Sätzen 1 und 2 gelten auch für Anträge, mit denen ein Anspruch auf Zulassung außerhalb der festgesetzten Zulassungszahl geltend gemacht wird.“

b) Abs. 6 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Sie bestimmt auch die Unterlagen, die den Anträgen mindestens beizufügen sind, sowie deren Form.“

2. In § 6 Abs. 6 Sätze 1 und 2 werden jeweils die Worte „Satz 1“ gestrichen.

3. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 3 bis 7 erhalten folgende Fassung:

„(3) Die Zentralstelle teilt den Hochschulen für das Sommersemester bis zum 10. Februar, für das Wintersemester bis zum 10. August mit, welche Bewerberinnen und Bewerber an ihren Auswahlverfahren zu beteiligen sind, und übermittelt dabei studiengangweise folgende Angaben:

1. Namen und Anschrift sowie Tag und Ort der Geburt,
2. die Ortspräferenz für die jeweilige Hochschule,
3. die nach § 11 Abs. 3 bis 5 ermittelte Durchschnittsnote,
4. die nach § 14 ermittelte Wartezeit,

5. Einzelnoten der Hochschulzugangsberechtigung,

6. das Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests, sofern es der Zentralstelle vorliegt,

7. die Art einer Berufsausbildung und die Dauer einer Berufstätigkeit oder eines Praktikums,

8. die Erfüllung der Voraussetzungen für eine erneute Zulassung nach § 19 Abs. 2 Satz 2.

(4) ¹Die Hochschulen teilen der Zentralstelle für das Sommersemester bis zum 18. März, für das Wintersemester bis zum 18. September ihre Verfahrensergebnisse in Form von Ranglisten mit. ²Bewerberinnen und Bewerber, die von mehr als einer Hochschule am Auswahlverfahren beteiligt worden sind, können für das Sommersemester bis zum 20. März, für das Wintersemester bis zum 20. September (Ausschlussfristen) durch schriftliche oder elektronische Erklärung gegenüber der Zentralstelle die Reihenfolge der nach § 3 Abs. 3 Satz 4 gewählten Studienorte ändern. ³Ist eine Bewerberin oder ein Bewerber auf den nach Satz 1 übermittelten Ranglisten von mehr als einer Hochschule zur Zulassung vorgesehen, erfolgt die Zulassung ausschließlich durch die in höchster Präferenz genannte Hochschule.

(5) ¹Die Zentralstelle übermittelt den Hochschulen für das Sommersemester bis zum 24. März, für das Wintersemester bis zum 24. September die nach Abs. 4 Satz 3 bereinigten Ranglisten. ²Die Hochschulen erteilen nach Maßgabe dieser Ranglisten die Zulassungs- und Ablehnungsbescheide. ³Sie können dabei durch Überbuchung der Zulassungszahlen berücksichtigen, dass Studienplätze voraussichtlich nicht besetzt werden. ⁴Hochschulen können die Zentralstelle damit beauftragen, Zulassungs- sowie Ablehnungsbescheide zu erstellen und im Namen und Auftrag der Hochschule zu versenden.

(6) ¹Die Hochschulen teilen der Zentralstelle für das Sommersemester bis zum 3. April, für das Wintersemester bis zum 4. Oktober ihre Einschreibegergebnisse mit. ²Sind danach Studienplätze noch verfügbar oder werden Studienplätze wieder verfügbar, schreibt die Zentralstelle die Ranglisten nach Maßgabe des Abs. 4 Satz 3 fort und übermittelt sie für das Sommersemester bis zum 7. April, für das Wintersemester bis zum 8. Oktober an die Hochschulen. ³Die Hochschulen führen auf dieser Grundlage ein

Nachrückverfahren durch; dabei werden keine Ablehnungsbescheide erteilt.

(7) ¹Die Hochschulen teilen der Zentralstelle für das Sommersemester bis zum 12. April, für das Wintersemester bis zum 13. Oktober ihre Einschreibeergebnisse nach Maßgabe des Nachrückverfahrens mit. ²Sind danach Studienplätze noch verfügbar oder werden Studienplätze wieder verfügbar, schreibt die Zentralstelle die Ranglisten nach Maßgabe des Abs. 4 Satz 3 fort und übermittelt sie für das Sommersemester bis zum 16. April, für das Wintersemester bis zum 17. Oktober an die Hochschulen. ³Die Hochschulen führen auf dieser Grundlage ein zweites Nachrückverfahren durch; Abs. 6 Satz 3 Halbsatz 2 gilt entsprechend.“

b) Es wird folgender Abs. 8 angefügt:

„(8) ¹Nach Abschluss des zweiten Nachrückverfahrens werden Studienplätze, die noch verfügbar sind oder wieder verfügbar werden, von der Hochschule durch das Los an Bewerberinnen und Bewerber vergeben, die bei der Hochschule die Zulassung beantragt haben. ²Die Hochschule bestimmt Form und Frist der Antragstellung und gibt sie in geeigneter Weise bekannt.“

4. In § 14 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 werden die Worte „§ 6 Abs. 2 Nr. 4 des Berufsbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 1981 (BGBl I S. 1692)“ durch die Worte „§ 90 Abs. 3 Nr. 3 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23. März 2005 (BGBl I S. 931)“ ersetzt.

5. In § 19 Abs. 2 Satz 2 werden nach den Worten „einer Hochschule“ die Worte „oder im Losverfahren einer Hochschule nach § 10 Abs. 8“ eingefügt.

6. § 24 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Satzbezeichnung 1 entfällt.

b) Satz 2 wird aufgehoben.

7. Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „23. April 2004“ durch die Worte „17. Juni 2005“ ersetzt.

b) In Abs. 10 Satz 3 werden die Worte „17. Juni 1994“ durch die Worte „18. November 2004“ ersetzt.

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 16. Mai 2006 in Kraft.

²Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 2006/2007.

München, den 26. April 2006

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2210-1-1-3-UK/WFK

**Vierte Verordnung
zur Änderung der
Qualifikationsverordnung**

Vom 26. April 2006 (GVBl S. 308)

Es erlassen auf Grund von

1. Art. 60 Abs. 8 Satz 2 Halbsatz 2, Abs. 4 Sätze 1 und 2 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84),

das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus,

2. Art. 60 Abs. 8 Satz 2 Halbsatz 1, Abs. 4 Sätze 1 und 2 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84),

das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Qualifikation für ein Studium an den Hochschulen des Freistaates Bayern und den staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen (Qualifikationsverordnung – QualV) vom 28. November 2002 (GVBl S. 864, ber. 2003 S. 9, BayRS 2210-1-1-3-UK/WFK), zuletzt geändert durch § 2 der Verordnung vom 18. November 2005 (GVBl S. 588), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchst. a werden in Spalte 2 bei den Studiengängen „Lehramt an Grundschulen in einer Fächerverbindung mit Biologie oder Chemie“ und „Lehramt an Hauptschulen in einer Fächerverbindung mit Biologie oder Chemie“ jeweils die Worte „in einer Fächerverbindung mit Biologie oder Chemie“ gestrichen.

bb) In Buchst. c werden in Spalte 2 nach dem Studiengang „Materialwissenschaft“ der Studiengang „Mathematical Engineering“ eingefügt sowie bei den Studiengängen „Lehramt an Grundschulen in einer Fächer-

verbindung mit Chemie, Mathematik oder Physik“ und „Lehramt an Hauptschulen in einer Fächerverbindung mit Chemie, Mathematik oder Physik“ jeweils die Worte „in einer Fächerverbindung mit Chemie, Mathematik oder Physik“ gestrichen.

cc) In Buchst. d werden in Spalte 2 nach dem Studiengang „Wirtschaftspädagogik/IT“ der Strichpunkt gestrichen und die Studiengänge „Wirtschaftswissenschaften“, „Lehramt an Grundschulen“ und „Lehramt an Hauptschulen“ angefügt.

b) In Nr. 2 Buchst. 1 werden in Spalte 2 nach dem Studiengang „Wirtschaftspädagogik/IT“ der Strichpunkt gestrichen und der Studiengang „Wirtschaftswissenschaften“ angefügt.

c) In Nr. 5 Buchst. d werden bei den Studiengängen „Lehramt an Grundschulen in einer Fächerverbindung mit Kunst“ und „Lehramt an Hauptschulen in einer Fächerverbindung mit Kunst“ jeweils die Worte „in einer Fächerverbindung mit Kunst“ gestrichen.

2. § 7 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 23 wird in Spalte 2 nach dem Studiengang „Lehramt an Hauptschulen“ der Studiengang „Lehramt an Sonderschulen in einer Fächerverbindung mit Verhaltensgestörtenpädagogik“ eingefügt.

b) Es wird folgende neue Nr. 24 eingefügt:

In Spalte 1: „24. Sozialwirtschaft“;

in Spalte 2: „Sozialwissenschaft“.

c) Die bisherigen Nrn. 24 bis 33 werden Nrn. 25 bis 34.

d) In Nr. 27 (neu) „Umweltsicherung“ wird in Spalte 2 vor dem Studiengang „Geoökologie“ der Studiengang „Geologie“ eingefügt.

3. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Zuständige Stelle im Sinn von Abs. 1 Satz 1 ist die Zeugnisanerkennungsstelle für den Freistaat Bayern (Zeugnisanerkennungsstelle), im Rahmen des Zulassungs- und/oder Immatrikulationsverfahrens die jeweilige Hochschule; in Zweifelsfällen ist die Zeugnisanerkennungsstelle zu beteiligen. ²Die Anerkennungsentscheidungen von zuständigen Stellen

anderer Länder werden anerkannt, soweit nicht ein erheblicher Verstoß gegen eine einschlägige Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vorliegt.“

- b) In Abs. 3 wird das Wort „Bewerber“ durch das Wort „Bildungsnachweise“ ersetzt.

- c) Abs. 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Diese wird vom Studienkolleg bei den Universitäten des Freistaates Bayern als Feststellungsprüfung gemäß der Ordnung für das Studienkolleg bei den Universitäten des Freistaates Bayern in München (Studienkollegordnung Univ.) vom 22. April 1994 (GVBl S. 434, BayRS 2235-3-1-UK) in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt.“

- d) In Abs. 5 werden die Worte „werden unter der Voraussetzung des § 8 Abs. 2 Sätze 2 und 3 im Rahmen des Zulassungs- und/oder Immatrikulationsverfahrens von der Hochschule anerkannt, in Zweifelsfällen jedoch nur im Einvernehmen mit der Zeugnisanerkennungsstelle“ durch die Worte „gelten als anerkannt, soweit nicht ein erheblicher Verstoß gegen eine einschlägige Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vorliegt“ ersetzt.

4. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 1 werden die Worte „die Studiengänge Sportwissenschaft“ durch das Wort „Sportstudiengänge“ sowie das Wort „Diplom“ durch das Wort „Master“ ersetzt.

bb) In Nr. 2 werden die Worte „der Studiengang Sportökonomie“ durch das Wort „Sportstudiengänge“ ersetzt.

- b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „(Ausschlussfrist)“ die Worte „bei der Hochschule“ und nach dem Wort „sein“ ein Komma sowie die Worte „an der die zentrale Eignungsprüfung durchgeführt wird“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „ist“ durch die Worte „sind ein aktuelles Passbild sowie“ ersetzt.

- c) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Eignungsprüfung wird in Form einer praktischen Prüfung in folgenden Sportarten durchgeführt:

1. Gerätturnen,
2. Leichtathletik,
3. Tanz,
4. Schwimmen,
5. Sportspiele.“

bb) In Satz 2 werden die Worte „Die Prüfungsanforderungen, Beurteilungskriterien sowie die Mindestwerte für die messbaren Leistungen werden vom“ durch die Worte „Das Nähere regelt eine gesonderte Bekanntmachung, die das“ und die Worte „gesondert bekannt gemacht“ durch die Worte „erlässt“ ersetzt.

- cc) Die Sätze 3 bis 5 werden aufgehoben.

- d) Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Wer Leistungssport betreibt und mit der Anmeldung zur Eignungsprüfung die Bestätigung eines Sportverbandes über die Mitgliedschaft in einem A-, B- oder C-Kader vorlegt und einen entsprechenden Antrag stellt, kann von einschlägigen Teilen der Eignungsprüfung befreit werden. ²Im Bereich der Sportspiele wird auch eine Bestätigung über die Berufung in die Junioren-Landesauswahlmannschaft anerkannt, soweit ein zuständiger Sportverband keine A-, B- oder C-Kader führt.“

- e) In Abs. 6 werden die Worte „eine gleichwertige Eignungsprüfung erfolgreich abgelegt“ durch die Worte „an einer vergleichbaren Eignungsprüfung teilgenommen“ ersetzt.

- f) Abs. 7 wird aufgehoben.

5. § 16 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:

„¹Es werden für die Prüfung der Frauen und für die Prüfung der Männer getrennte Prüfungskommissionen gebildet.“

bb) Der bisherige Satz 1 wird Satz 2; nach dem Wort „Die“ wird das Wort „jeweilige“ eingefügt.

cc) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3; „Abs. 7“ wird durch „Abs. 5“ ersetzt.

- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Worte „der in § 15 Abs. 2 Satz 1 genannten Person“ durch die Worte „des vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses“ ersetzt.

bb) In Satz 4 wird das Wort „zentraler“ durch das Wort „der“ ersetzt.

- c) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:

„¹Die örtliche Prüfungskommission trifft die Entscheidung über Bestehen oder Nichtbestehen der Eignungsprüfung.“

bb) Der bisherige Satz 1 wird Satz 2; die Worte „Die Prüfungskommission“ werden durch das Wort „Sie“ ersetzt.

- cc) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.
6. In § 18 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Prüfungsvorsitzenden“ durch die Worte „Vorsitzenden der jeweiligen Prüfungskommission“ ersetzt.
7. § 51 wird wie folgt geändert:
- a) Dem Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:
- „³§ 13 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.“
- b) In Abs. 3 wird das Wort „Bewerber“ durch das Wort „Bildungsnachweise“ ersetzt.
- c) Abs. 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:
- „²Diese wird vom Studienkolleg bei den Fachhochschulen des Freistaates Bayern als Feststellungsprüfung gemäß der Ordnung für das Studienkolleg bei den Fachhochschulen des Freistaates Bayern in Coburg (Studienkollegordnung FH) vom 22. April 1994 (GVBl S. 445, BayRS 2235-3-2-1-UK) in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt.“
- d) In Abs. 5 werden die Worte „werden unter der Voraussetzung des § 8 Abs. 2 Sätze 1 und 3 von der zuständigen Stelle (Abs. 2 Satz 1) anerkannt“ durch die Worte „gelten als anerkannt, soweit nicht ein erheblicher Verstoß gegen eine einschlägige Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vorliegt“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2006 in Kraft.

München, den 26. April 2006

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

2210-2-11-WFK

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der
Verordnung zur Regelung der Organisation
der Technischen Universität München**

Vom 27. April 2006 (GVBl S. 226)

Auf Grund von Art. 45 Abs. 4 Satz 1 und Art. 135 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

§ 17 der Verordnung zur Regelung der Organisation der Technischen Universität München vom 18. November 1998 (GVBl S. 941, BayRS 2210-2-11-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Dezember 2004 (GVBl S. 566), wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender neuer Abs. 2 eingefügt:

„(2) ¹Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 gehören dem Fachbereichsrat der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt die im Amt befindlichen Studiendekane an. ²Die Vertreter der Professoren nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 werden nach den Bestimmungen des Art. 45 BayHSchG innerhalb der wissenschaftlichen Einrichtungen der Fakultät (Forschungsdepartments) aus dem Kreis der dem jeweiligen Forschungsdepartment zugeordneten Professoren gewählt. ³Für jedes Forschungsde-

partment wird genau ein Vertreter der Professoren in den Fachbereichsrat gewählt; dieser ist zugleich Geschäftsführer des jeweiligen Forschungsdepartments nach Art. 41 Abs. 2 Satz 3 BayHSchG. ⁴Die Verdopplung der Anzahl der Vertreter im Fachbereichsrat nach Art. 40 Abs. 2 Satz 2 BayHSchG durch die Grundordnung gilt nicht für die Vertreter der Professoren nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3. ⁵Art. 34 Abs. 1 Satz 5 BayHSchG bleibt unberührt; für diesen Fall wählen die Professoren der Fakultät aus dem Kreis der der Fakultät angehörenden Professoren einen Vertreter der Gruppe der Professoren und einen Ersatzvertreter.“

2. Die bisherigen Abs. 2 bis 4 werden Abs. 3 bis 5.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2006 in Kraft.

München, den 27. April 2006

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

221021-WFK

Eignungsprüfung für das Studium eines Sportstudiengangs an den Universitäten in Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

vom 6. März 2006 Nr. IX/5-9a/5 795

1. Rechtsgrundlage, Zweck der Eignungsprüfung

Nach § 14 Abs. 1 der Verordnung über die Qualifikation für ein Studium an den Hochschulen des Freistaates Bayern und den staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen (Qualifikationsverordnung – QualV) vom 28. November 2002 (GVBl S. 864, ber. 2003 S.9, BayRS 2210-1-1-3-UK/WFK) in der jeweils geltenden Fassung ist für das Studium eines Sportstudiengangs neben der Hochschulreife die Eignung für diesen Studiengang in einer Prüfung (Eignungsprüfung) sowie durch ein ärztliches Attest über die volle Sporttauglichkeit nachzuweisen.

2. Allgemeine Hinweise, Anmeldung zur Eignungsprüfung

(1)¹Zeit und Ort der Eignungsprüfung, die zentral an je einer Universität für die Bewerber und Bewerberinnen getrennt durchgeführt wird, an der Sportstudiengänge gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 QualV studiert werden können, sowie das vorgeschriebene Anmeldeverfahren werden alljährlich vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gesondert bekannt gemacht. ²Die Eignungsprüfung wird in einem Haupt- und einem Nachtermin durchgeführt.

(2) ¹Die Anmeldung zur Eignungsprüfung muss bis zum 1. Juni (Ausschlussfrist) des Jahres der Eignungsprüfung bei der Hochschule eingegangen sein, an der die zentrale Eignungsprüfung durchgeführt wird. ²Für die Anmeldung ist der **Vordruck** zu verwenden, der dem „Informationsblatt über das Studium des Fachs Sport“ beiliegt, das alljährlich im Internet veröffentlicht wird und bei den Universitäten angefordert werden kann. ³Der Anmeldung sind eine ärztliche Bescheinigung über die volle Sporttauglichkeit, die nicht älter als drei Monate sein darf und für die ebenfalls ein dem o.g. Informationsblatt beiliegender **Vordruck** zu verwenden ist, sowie ein aktuelles Passbild beizufügen.

⁴Eine Anmeldung per Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig.

((3) ¹Nach fristgerechter und ordnungsgemäßer Anmeldung erfolgt nach dem Anmeldetermin die schriftliche Einladung zur Eignungsprüfung. ²Bei der Eignungsprüfung ist die Identität durch Vorlage eines amtlichen Ausweises (Personalausweis oder Reisepass) nachzuweisen.

3. Prüfungsanforderungen

(1) Die Eignungsprüfung wird in Form einer praktischen Prüfung in den Gebieten Gerätturnen, Tanz, Leichtathletik, Schwimmen, Sportspiele durchgeführt, für die folgende Prüfungsanforderungen gelten:

1. Gerätturnen

Eine Pflichtübung an folgenden Geräten:

- a) für Männer: Reck (stirnhoch)
Kippaufschwung aus dem Vorlaufen, Hüftumschwung vorlings rückwärts, Hocke
- b) für Frauen: Holmreck (stirnhoch)
Hüftaufschwung vorlings rückwärts, Hüftumschwung vorlings rückwärts, Niedersprung, Unterschwingung zum Stand

Grundlage für die Bewertung sind Bewegungsausführung, Bewegungsfluss und Haltung.

2. Leichtathletik

- a) 3000-m-Lauf
- b) 60-m-Lauf mit Einzelstart (fliegender Start, ca. 1 m Anlauf) ohne Startkommando
- c) Ballweitwurf
(Frauen: Vollball 600 g, ca. 75 mm Durchmesser,
Männer: Vollball 800 g, ca. 75 mm Durchmesser)
Erlaubt sind 3 Versuche; es ist nur die Schlagwurftechnik (aus dem Stand oder Anlauf) zulässig.

3. Tanz

Eine Kürübung im Tanz nach vorgegebener Musik (ca. 60 Sekunden) auf einer Fläche von 12 m x 12 m. Die vorgegebene Musik wird vom Prüfungsausschuss festgesetzt und im Informationsblatt (siehe Nr. 2 Abs. 2 Satz 2) bekannt gemacht.

Grundlage für die Bewertung sind die Ausführung der gymnastisch-tänzerischen Grundformen, der Bewegungsfluss, die Übereinstimmung von Musik und Bewegung sowie die Ausnutzung des Raumes.

Männer und Frauen können auf Antrag anstelle der Prüfung im Tanz die Prüfung in einem weite-

ren Sportspiel (Basketball, Fußball, Handball oder Volleyball) ablegen. Wer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will, muss dies auf dem **Vordruck** für die Anmeldung zur Eignungsprüfung kenntlich machen.

4. Schwimmen

100-m-Schwimmen auf Zeit (Brust- oder Freistilschwimmen nach Wahl)

Die gewählte Schwimmart ist auf dem **Vordruck** für die Anmeldung zur Eignungsprüfung kenntlich zu machen. Bei groben Verstößen gegen die Wettkampfbestimmungen des Brustschwimmens kommt die Bewertung für Freistilschwimmen zur Anwendung.

5. Sportspiele

Überprüfung der Spielfertigkeiten in einem der Spiele Basketball, Fußball, Handball oder Volleyball nach Wahl

Das für die Prüfung gewählte Sportspiel ist auf dem **Vordruck** für die Anmeldung anzugeben. Die Prüfungsform wird vom Prüfungsausschuss festgelegt und im o.g. Informationsblatt (siehe Nr. 2 Abs. 2 Satz 2) bekannt gemacht; organisatorisch notwendig werdende Änderungen bleiben vorbehalten.

Die Grundlage für die Bewertung in den einzelnen Sportspielen sind die Ausführung der wichtigsten technischen Elemente und deren Anwendung im Spiel sowie spielgerechtes individual- und gruppentaktisches Angriffs- und Abwehrverhalten.

(2) ¹Nicht messbare Leistungen werden von mindestens zwei mit der Abnahme der Prüfung beauftragten Personen (Prüfern) bewertet. ²Können sich die Prüfer nicht auf eine gemeinsame Note einigen, entscheidet die Prüfungskommission.

³Die Prüfer haben das Recht, zur Sicherung des Prüfungszwecks in den Sportspielen beurteilungsadäquate Situationen zu arrangieren sowie ggf. zusätzlich die Demonstration von spielspezifischen Techniken zu fordern.

(3) Die Leistungen werden im Rahmen eines sechsstufigen Notensystems wie folgt bewertet:

- | | |
|--------------|--|
| sehr gut | (1) eine besonders hervorragende Leistung |
| gut | (2) eine Leistung, die die durchschnittlichen Anforderungen übertrifft |
| befriedigend | (3) eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht |

ausreichend (4) eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht

mangelhaft (5) eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung

ungenügend (6) eine völlig unbrauchbare Leistung

(4) ¹Die Prüfungsgesamtnote wird aus dem Durchschnitt der Noten der fünf Prüfungsgebiete gebildet. ²Soweit im Übrigen innerhalb eines Prüfungsgebiets Einzelleistungen erhoben werden (Nr. 3 Abs. 1 Ziff. 2), wird die Gesamtnote dieses Prüfungsgebiets aus dem Durchschnitt der Noten der Einzelleistungen gebildet. ³Prüfungsgesamtnote und Gesamtnote werden auf zwei Stellen nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.

(5) ¹Die Eignungsprüfung ist nicht bestanden, wenn

1. in einem oder mehreren der Prüfungsgebiete gemäß Nr. 3 Abs. 1 Ziff. 1 mit 5 nicht mindestens die Gesamtnote „ausreichend“ (d.h. bis 4,50) erreicht wurde;
2. im 3000-m-Lauf gemäß Nr. 3 Abs. 1 Ziff. 2 Buchst. a) nicht mindestens die Note ausreichend erreicht wurde.

²Wurde in nur einem der fünf Prüfungsgebiete nicht die Note ausreichend erreicht, so kann sie durch eine Prüfungsgesamtnote von mindestens „befriedigend“ (d.h. bis 3,50) ausgeglichen werden. ³Eine nicht ausreichende Note in dem Prüfungsgebiet Schwimmen und dem Teilprüfungsgebiet 3000-m-Lauf kann nicht ausgeglichen werden. ⁴Die Ausgleichsregelung gilt nur bei vollständiger Teilnahme an der Eignungsprüfung.

4. In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Die vorstehende Bekanntmachung ergeht im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus und tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2006 in Kraft. ²Gleichzeitig wird die Bekanntmachung über die Durchführung der Eignungsprüfung für das Studium eines Sportstudiengangs an den Universitäten in Bayern vom 18. März 2003 (KWMBI I S. 194) aufgehoben.

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Ministerialdirektor

Anhang

Wertungstabellen**Leichtathletik****60 m-Lauf (Sekunden)**

Note	Männer	Frauen
1	bis 7,40	bis 8,70
2	7,41 – 7,60	8,71 – 8,90
3	7,61 – 7,80	8,91 – 9,10
4	7,81 – 8,00	9,11 – 9,30
5	8,01 – 8,20	9,31 – 9,50
6	ab 8,21	ab 9,51

Ballwurf (Meter)

Note	Männer	Frauen
1	ab 41,00	ab 27,50
2	40,99 – 38,00	27,49 – 25,00
3	37,99 – 35,00	24,99 – 22,50
4	34,99 – 32,00	22,49 – 20,00
5	31,99 – 29,00	19,99 – 17,50
6	ab 28,99	ab 17,49

3000 m-Lauf (Minuten)

Note	Männer	Frauen
1	bis 10:30	bis 12:30
2	10:31 – 11:10	12:31 – 13:20
3	11:11 – 11:50	13:21 – 14:10
4	11:51 – 12:30	14:11 – 15:00
5	12:31 – 13:10	15:01 – 15:50
6	ab 13:11	ab 15:51

Schwimmen (Minuten)

Note	Frauen 100 m		Männer 100 m	
	Freistil	Brust	Freistil	Brust
1	Bis 1:26	bis 1:36	bis 1:16	bis 1:28
2	1:26,1 – 1:34	1:36,1 – 1:44	1:16,1 – 1:24	1:28,1 – 1:36
3	1:34,1 – 1:42	1:44,1 – 1:52	1:24,1 – 1:32	1:36,1 – 1:42
4	1:42,1 – 1:50	1:52,1 – 2:00	1:32,1 – 1:40	1:42,1 – 1:50
5	1:50,1 – 1:58	2:00,1 – 2:08	1:40,1 – 1:48	1:50,1 – 1:58
6	1:58,1 – 2:06	2:08,1 – 2:16	1:48,1 – 1:56	1:58,1 – 2:06

223012-UK

**Beurlaubung von Lehrkräften für den
Auslandsschuldienst
(Beschluss der Kultusministerkonferenz
vom 14. Februar 1996 i.d.F.
vom 7. Dezember 2005)**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 26. April 2006 Nr. VI.6-5 P 4040-6.38 656

Die Kultusministerkonferenz hat vereinbart, für die Beurlaubung deutscher Lehrkräfte aus dem innerdeutschen Schuldienst in den Auslandsschuldienst (Auslandsdienstlehrkräfte) die folgenden Richtlinien anzuwenden:

A. Dauer der Beurlaubung der Auslandsdienstlehrkräfte

Die Altershöchstgrenze für die Erstvermittlung wird vom Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland festgesetzt. Sie wird im Merkblatt für Auslandsdienstlehrkräfte des Bundesverwaltungsamtes – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen – und in den Amtsblättern veröffentlicht. Sie beträgt zurzeit für die Erstvermittlung 54 Jahre (für Landes- und Bundesprogrammlehrkräfte und Bewerbungen auf Funktionsstellen 59 Jahre).

I. Die Beurlaubung wird für drei Jahre ausgesprochen.

Die Verlängerung der Beurlaubung soll bei Bewährung der Lehrkraft in der Regel für drei Jahre bis zu einer Höchstdauer von sechs Jahren ausgesprochen werden.

Eine Verlängerung der Beurlaubung ist möglich bei Zustimmung der Lehrkraft, des Schulleiters, des ausländischen Vertragspartners, des innerdeutschen Dienstherrn und des Bundesverwaltungsamtes – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen. Für Schulleiter wird der Erstvertrag über sechs Jahre abgeschlossen.

II. Für die Schulorte, die nach der Festlegung des Auswärtigen Amtes in einem gesundheitsgefährdenden Gebiet liegen, ist für die Genehmigung des Antrags auf Verlängerung der Beurlaubung die in den jeweils geltenden Richtlinien des Auswärtigen Amtes festgelegte medizinische Bescheinigung für die gesundheitliche Eignung erforderlich.

III. Einer Auslandstätigkeit von höchstens acht Jahren kann zugestimmt werden:

1. Für die Wahrnehmung der Funktion des

- a) Schulleiters und stellvertretenden Schulleiters
- b) Leiters von Teilschulen, soweit Schulen räumlich getrennt sind
- c) Schulstufenleiters-/koordinators
- d) Fachleiters für Deutsch als Fremdsprache (in öffentlichen Schulen in MOE-Staaten ggf. Fachschaftsberater genannt)
- e) Fachleiters für deutschsprachigen Fachunterricht

- f) Leiters von berufsbildenden Zweigen
- g) Leiters von Lehrerbildungseinrichtungen
- h) Fortbildungskoordinators
- i) Fachbetreuers an Lehrerbildungseinrichtungen
- j) Fachberaters für Deutsch
- k) Leiters von deutschen Abteilungen und deutschen Kollegien an öffentlichen Schulen im Ausland
- l) Studien- und Berufsberaters

Die Übertragung einer der o.g. Funktionen an eine bewährte Lehrkraft kann nur im Einvernehmen mit dem beurlaubenden Land und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen vollzogen werden.

2. Einzelfälle auf Antrag

In besonderen Einzelfällen kann auf Antrag unter Zugrundelegung strenger Maßstäbe einer weiteren Verlängerung zugestimmt werden; Voraussetzung ist, dass

- ein dringendes Interesse der Schule oder der deutschen fördernden Stellen vorliegt und die Lehrkraft sich in ihrer gesamten dienstlichen Tätigkeit besonders bewährt hat;
- geeignete Ersatzbewerber trotz rechtzeitiger Anforderung durch die Auslandsschule von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen nicht benannt werden können.

Der Antrag bedarf einer ausführlichen Begründung.

IV. Eine Verlängerung der Beurlaubung nach III. erfolgt in der Regel für zwei Jahre; im Falle III.2 kann eine Verlängerung der Beurlaubung um jeweils ein Jahr ausgesprochen werden. Die in I., Satz 3 und II. genannten Voraussetzungen müssen erfüllt sein.

B. Zweitbeurlaubung von Auslandsdienstlehrkräften

1. Der Personalbedarf der Auslandsschulen erfordert in bestimmten Fällen, dass eine Zweitbeurlaubung in den Auslandsschuldienst möglich ist, insbesondere für die Wahrnehmung der unter A.III.1 aufgeführten Funktionen.

In besonderen Bedarfsfällen über diese Funktionen hinaus kann das Auswärtige Amt oder das Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen – an ein Land mit der Bitte herantreten, eine ehemalige Auslandsdienstlehrkraft für die Übernahme einer bestimmten Aufgabe im Ausland wieder freizustellen und zu beurlauben.

2. Eine erneute Freistellung nach früherer Tätigkeit im Ausland, eine Zweitbewerbung und Zweitbeurlaubung ist grundsätzlich nur bei der Erfüllung folgender Voraussetzungen möglich:

- a) Die Lehrkraft muss sich bei der ersten Tätigkeit im Ausland bewährt haben.
- b) Die Lehrkraft muss zwischen Rückkehr in den Inlandsschuldienst und dem Antritt der erneuten Auslandstätigkeit mindestens drei

Kalenderjahre wieder im innerdeutschen Schuldienst tätig gewesen sein, zum Zeitpunkt der Bewerbung mindestens zwei Kalenderjahre.

- c) Aus der Wahrnehmung der Tätigkeit der Lehrkraft im Inland und im Ausland muss deutlich werden, dass sie für die Aufgabe im Ausland besonders geeignet erscheint.
3. Bewerber mit Bewährung in vergleichbaren Funktionen und mit Erfahrungen im internationalen kulturellen Austausch werden bevorzugt berücksichtigt.
4. Für die Dauer der Zweitbeurlaubung in den Auslandsschuldienst gelten die in A festgelegten Richtlinien. Eine Altershöchstgrenze für die Bewerbung ist auf das 59. Lebensjahr zum Zeitpunkt des Dienstantritts festgesetzt.
5. Aus der Wahrnehmung einer besonderen Tätigkeit im Ausland ist kein Anspruch auf Beförderung und bei Rückkehr in den Inlandsdienst kein Anspruch auf Einweisung in eine Funktionsstelle ableitbar.
6. Eine Drittbeurlaubung ist nicht möglich. In Abstimmung zwischen Bund und Ländern kann eine Stelle in besonders begründeten Ausnahmefällen für Drittvermittlungen geöffnet werden. Die Beurlaubungserlasse der Länder bleiben davon unberührt.

Diese Bekanntmachung setzt die Bekanntmachung vom 8. Mai 2000 (KWMBI I S. 166, StAnz Nr. 20), geändert mit Bekanntmachung vom 23. August 2001 (KWMBI I S. 345, StAnz Nr. 35), außer Kraft.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 128
StAnz 2006 Nr. 22

4. die Alt-Katholische Kirche im Freistaat Bayern,
5. die Evangelisch-methodistische Kirche,
6. die Vereinigung Bayerischer Mennonitengemeinden,
7. die Russisch-Orthodoxe Kirche im Ausland,
8. der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern,
9. der Bund für Geistesfreiheit Bayern,
10. die Christian Science in Bayern,
11. die Neuapostolische Kirche Süddeutschland,
12. die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern,
13. die Christengemeinschaft in Bayern,
14. die Griechisch-Orthodoxe Metropolie von Deutschland,
15. der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland,
16. der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden,
17. die Rumänische Orthodoxe Metropolie für Deutschland, Zentral- und Nordeuropa.
2. Der Nachweis der Vertretungsbefugnis erfolgt durch interne Belege der jeweiligen Gemeinschaft. Der Freistaat Bayern haftet nicht für Verbindlichkeiten der Gemeinschaften.
3. Die Bekanntmachung über Kirchen, Religions- und weltanschauliche Gemeinschaften mit der Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts vom 25. Februar 1991 (KWMBI I S. 103, StAnz Nr. 10), geändert durch Bekanntmachung vom 17. Januar 2002 (KWMBI I S. 67, StAnz Nr. 4) wird aufgehoben.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 129
StAnz 2006 Nr. 24

223011.114-UK

22203-UK

Kirchen, Religions- und weltanschauliche Gemeinschaften mit der Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 23. Mai 2006 Nr. I.4-5 K 5000-5.51 103

1. In Bayern besitzen auf Landesebene derzeit nachstehende Gemeinschaften die Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts:
 1. die Römisch-Katholische Kirche,
 2. die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern,
 3. die Evangelisch-reformierte Kirche in Bayern,

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 6. Juni 2006 Nr. III.4-5 S 1321.1-5.55 897

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

Lernmittelfreie Lernmittel**Allgemein bildende Schulen****Grundschule****Deutsch – Die Schriftsprache erwerben****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:*****Leporello**, *Miteinander sprechen · schreiben · lesen*, Bayern:**1:** v. Dick u.a., BN 125071, Aufl. 06/**Druck A¹**, 16,50 €, ZN 35/06-V (19.06.06)**Mathematik****Ernst Klett Verlag, Stuttgart:*****Nussknacker – Mein Mathematikbuch**, Bayern, hrsg. v. Maier:**R²**: BN 235520, 1. Aufl. 06, 15,50 €, ZN 67/06-V (19.06.06)**Hauptschule****Arbeit – Wirtschaft – Technik****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:*****Praxis**, *Hauptschule Bayern:***R⁸/M⁸**: v. Dörfler u.a., BN 116308, Aufl. 06/**Druck A¹**, 15,50 €, ZN 43/06-V (19.06.06)**Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:*****Wege zum Beruf**, v. Frauenknecht u.a.:**R⁸**: BN 26802, 1. Aufl. 06, 16,60 €, ZN 84/06-V (19.06.06), zugl. f.d. Jgst. 8/M⁸**Deutsch****– Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:*****Mit eigenen Worten**, *Hauptschule Bayern:***R⁸**: v. Böttger u.a., BN 123148, Aufl. 06/**Druck A¹**, 17,95 A, ZN 12/06-V (19.06.06)**Musik****Helbling Verlag, Esslingen:*****Sing & Swing – Das Chorbuch**, hrsg. v. Maierhofer, BN 3-85061-305, Aufl. 05, 19,80 €, ZN 69/06-V/R/G (19.06.06), zugl. **ab** Jgst. 5**Realschule****Deutsch – Sprachlehre und Rechtschreiben****Oldenbourg Schulbuchverlag, München/****C.C. Buchners Verlag, Bamberg:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Sprache gestalten**, hrsg. v. Hertel:**R⁷**: BN 82197, 1. Aufl. 01/**Druck 06**, 19,45 €, ZN 273/01-R6 (19.06.06)**Französisch*Ernst Klett Verlag, Stuttgart:*****Tous ensemble:****R³**: v. Jouvet u.a., BN 523941, 1. Aufl. 06, 16,90 €, ZN 57/06-R6 (19.06.06), zugl. f.d. Jgst. 9***Tous ensemble – Grammatisches Beiheft:****R³**: v. Schröder/Tegethoff, BN 523942, 1. Aufl. 06, 5,90 €, ZN 58/06-R6 (19.06.06), zugl. f.d. Jgst. 9**Musik****Helbling Verlag, Esslingen:*****Sing & Swing – Das Chorbuch**, hrsg. v. Maierhofer, BN 3-85061-305, Aufl. 05, 19,80 €, ZN 69/06-R/V/G (19.06.06), zugl. **ab** Jgst. 5**Gymnasium****Deutsch – Sprachbücher****Oldenbourg Schulbuchverlag, München:*****Verstehen und Gestalten**, hrsg. v. Notzon:**R^F 8:** BN 87808, 1. Aufl. 06, 15,45 €, ZN 34/06-G8 (19.06.06)**Geschichte – Lehrbücher****C.C. Buchners Verlag, Bamberg:*****Das waren Zeiten**, *Ausg. Bayern*, hrsg. v. Brückner/Focke:**R³**: *Von der Französischen Revolution bis zur Weimarer Republik*, BN 4763, 1. Aufl. 06, 19,80 €, ZN 64/06-G8 (19.06.06), zugl. f.d. Jgst. 8**Musik****Helbling Verlag, Esslingen:*****Sing & Swing – Das Chorbuch**, hrsg. v. Maierhofer, BN 3-85061-305, Aufl. 05, 19,80 €, ZN 69/06-G/V/R (19.06.06), zugl. **ab** Jgst. 5**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:*****unisono**, *Das Liederbuch für allgemeinbildende Schulen*, v. Brecht/Kalmer, BN 170114, 2. Aufl. 06, 18,80 €, ZN 37/06-G(R) (19.06.06)**Religionslehre – katholisch****Kösel-Verlag, München:*****Religion vernetzt**, hrsg. v. Mendl/Schiefer Ferrari:**R⁸**: BN 50705, Aufl. 06, 13,50 €, ZN 100/06-G8 (19.06.06)

Berufliche Schulen**Berufsfachschulen****Berufsfachschulen des Gesundheitswesens****Elsevier Urban & Fischer, München:**

***Pflege konkret • Arzneimittel**, hrsg. v. Jelinek/Grabs, BN 26290, 1. Aufl. 05, 34,95 €, ZN 95/06-BF (19.06.06), zugl. an BFS f. Krankenpflege

2. Lernmittel, die nur unter den Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, KWMBI I S. 251) lernmittelfrei sind

Allgemein bildende Schulen**Hauptschule****Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:**

Heimat und Welt – Weltatlas, Bayern, BN 100243, 1. Aufl. 06/**Druck**¹⁰⁶, 18,50 €, ZN 51/06-V (19.06.06)

Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel**Allgemein bildende Schulen****Grundschule****Deutsch – Die Schriftsprache erwerben****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:**

***Leporello 1 – Übungen**, Bayern:
1 und 2: v. Dick u.a., BN 125072, Aufl. 06/**Druck A**¹, 9,25 €, ZN 36/06-V (19.06.06)

Englisch**Diesterweg Verlag, Braunschweig:**

***Bausteine • Magic – Activity book**, Bayern, hrsg. v. Piepho:
3: BN 02173, Aufl. 05/**Druck A**¹, 5,95 €, ZN 194/05-V (19.06.06)

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Storytime – Activity Book**, v. Gaffal u.a.:
4: BN 127340, Aufl. 06/**Druck A**¹, 6,95 €, ZN 66/06-V (19.06.06)

Mathematik**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

***Nussknacker – Mein Arbeitsheft**, Bayern, hrsg. v. Maier:
R²: BN 235522, 1. Aufl. 06, 7,25 €, ZN 68/06-V (19.06.06)

Realschule**Französisch****Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

***Tous ensemble – Cahier d'activités:**
R³: v. Froese u.a., BN 523943, 1. Aufl. 06, 7,95 €, ZN 59/06-R6 (19.06.06), zugl. f.d. Jgst. 9

Gymnasium**Spanisch****Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***Encuentros – Cuaderno de ejercicios**, Nueva Edición, v. Barrera u.a.:
1: BN 201287, 1. Aufl. 03/6. **Druck 05**, 8,50 €, ZN 111/06-G8 (19.06.06), zugl. f.d. Jgst. 8 in Span. als 3. FS

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 19. Juni 2006 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor